

Hartwig Heineken, Sozialministerium Baden-Württemberg

Rede am 26. Sept. 2000 in Heilbronn zur Auftaktveranstaltung des Projektes "job-net"

Soziale Innovationen in der Informationsgesellschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Freunde und Partner des Projektes "job-net",

es ist mir eine große Freude, Sie heute hier in Heilbronn in den Räumen des innovativen Trägers ARKUS zur Auftaktveranstaltung des Projektes "job-net" begrüßen zu können. Das Sozialministerium Baden-Württemberg hat das Thema "Soziale Innovationen in der Informationsgesellschaft" aufgegriffen und sich mit Nachdruck für eine Förderung von "job-net" eingesetzt.

Wir sehen in dem Projekt "job-net" eine soziale Innovation, die darauf abzielt, gerade jenen Menschen, die über lange Zeit arbeitslos sind, beim Wiedereinstieg in die Arbeitswelt zu helfen. "job-net" bietet Hilfe zur Selbsthilfe. Das bislang in Baden-Württemberg einmalige Vorhaben will Zugangsbarrrieren abbauen, um den Weg insbesondere in die modernen Online-Arbeitswelten zu ebnen.

Am vergangenen Mittwoch hat unser baden-württembergischer Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Repnik im Rahmen seiner Rede aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens des DGB Landesbezirks Baden-Württemberg freimütig sein eindeutiges Bekenntnis zu "job-net" offengelegt und die materielle Förderung des Vorhabens aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds ESF und aus Eigenmitteln unseres Hauses bekanntgegeben. "job-net" erhält daraus 600.000 DM. Zusammen mit den zugesagten und erwarteten ABM-Mitteln der Arbeitsämter ergibt sich eine Gesamtförderung von "job-net" von mehr als einer Million DM für den Zeitraum von zwei Jahren.

Als vor nunmehr rund drei Jahren sich zahlreiche Akteure aus dem Bereich der Sozial-, Arbeitsmarkt-, Technologie- und Innovationspolitik – unter ihnen das Sozialministerium, das Landesarbeitsamt, der DGB Landesbezirk Baden-Württemberg, Kirchen sowie viele Institutionen – zur Gründung des "Initiativkreises Soziale Innovationen in der Informationsgesellschaft" (SII) zusammenfanden, galt die Hauptsorge der sich abzeichnenden Gefahr einer neuen sozialen Spaltung der Gesellschaft. Im November 1997 erkannten die Beteiligten von SII, daß die Einführung der Informations- und Kommunikationstechnologien in der Arbeitswelt, im Beruf, in Bildung und Freizeit ambiva-

lente Wirkungen hervorrufen werde. Einerseits boten z. B. die modernen Multimedia-Anwendungen große Chancen für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, andererseits war schon damals deutlich zu erkennen, daß Personen mit Zugangsbarrieren zum Arbeitsmarkt mit einer Erhöhung dieser Barrieren zu rechnen haben, wenn der Weg in die Informationsgesellschaft nicht mit sozialen Innovationen bereitet wird. Vor diesem Hintergrund schlug damals das gewerkschaftliche Forum Soziale Technikgestaltung das Handlungskonzept "PIAZZA" mit dem Projekt "job-net" vor. "PIAZZA" sollte nicht nur ein politisches Papier sein, sondern konkrete Realisierungsschritte ermöglichen.

Aus der Sicht des Sozialministeriums entwickelte sich der Denkansatz von "job-net" zu einer besonders anregenden Herausforderung. Die Idee, daß Langzeitarbeitslose selbst für sich ihre Zugänge zur Informationsgesellschaft erarbeiten, daß Arbeitsloseninitiativen moderne High-Tech-Anwendungen wie zum Beispiel Formen der alternierenden Telearbeit nutzen, um ihren Platz in der Informationsgesellschaft zu behaupten, war und ist bestechend. Vor allem aber hat dieser Ansatz eine hohe psychologische Signalwirkung: Wir als Sozialministerium trauen den Arbeitslosen und ihren Partnern diese Leistungen zu. Wir glauben daran, daß Sie es schaffen. Wir sehen darin eine große Ermutigung und wir wollen damit jenen widersprechen, die über Menschen ohne Arbeit abschätzig reden. Das Projekt "job-net" stellt in der Sache eine soziale Innovation dar, es stellt aber auch in anderer Hinsicht eine Erneuerung dar: "job-net" gibt neues Selbstvertrauen, gibt Ermutigung, ermöglicht jenen Menschen, die viele Enttäuschungen durchmachen mußten, ein neues Selbstwertgefühl.

Ich freue mich deshalb sehr darüber, daß das Vorhaben "job-net" in den baden-württembergischen Netzwerken präsent ist und bleiben wird. Die Verknüpfung zur "Anwenderplattform Telearbeit" Baden-Württemberg – einem gemeinsamen Impuls von Deutsche Telekom AG Direktion Stuttgart und Forum Soziale Technikgestaltung des DGB, der vom Sozialministerium Baden-Württemberg unterstützt wird – eröffnet für das Projekt neue Chancenpotentiale, um mit den IT-Unternehmen, Start-Ups und Multimedia-Anwendern direkt in Kontakt treten zu können.

Wie richtig unser gemeinsamer Ansatz mit dem "Initiativkreis Soziale Innovationen in der Informationsgesellschaft" seit 1997 war, zeigt sich auch an einer der jüngsten Veröffentlichungen der bundesweiten "Initiative D 21". Darin haben sich über einhundert IT-Firmen und und Anwender unter Federführung von IBM, HP, Alcatel und AOK zusammengeschlossen, um die Türen zur Informationsgesellschaft weiter zu öffnen. Mitte August diesen Jahres verwies der Vorsitzende der "Initiative D 21", IBM-Chef Erwin Staudt, auf die große Gefahr der gesellschaftlichen Spaltung, des "digital divide". Seine Hypothese stimmt nachdenklich:

“Eine verstärkte digitale Spaltung auf Grund von Ausbildung, Einkommen, Alter und Wohngebiet verhindert die Chancengleichheit jedes einzelnen im Hinblick auf das Leben, Lernen und Arbeiten in der zukünftigen Informationsgesellschaft Deutschland”.

Die Analysen der “D 21” betonen die Notwendigkeit, die technischen Zugänge von Bürgerinnen und Bürgern zum Internet zu verbessern, sie unterstreichen den wachsenden Bedarf nach Bildung und Qualifizierung und sie regen verstärkte Integrationsstrategien an, damit nicht gesellschaftliche Gruppen aus der Informationsgesellschaft ausgeschlossen werden.

Viele von diesen Gedanken sind bereits in der PIAZZA-Broschüre von SII umfangreich beschrieben. Die Tatsache, daß dieser Ansatz nun auch von Unternehmen aktiv aufgegriffen wird, zeigt, daß wir mit “job-net” auf dem richtigen Weg sind und daß eine enge Kooperation des Projektes mit einschlägigen Firmen hilfreich sein kann.

Eine der ganz großen Herausforderungen des Weges in die Informationsgesellschaft ist die immense Beschleunigung der Vorgänge in Arbeitswelt und Geschäftsprozessen. Dieser rasche Wechsel, der durch die neuen Techniken forciert wird, verlangt nach neuen gesellschaftlichen Impulsen. Die Gleichzeitigkeit von unterschiedlich langsamen und hohen Geschwindigkeiten und die subjektive Wahrnehmung, mit den schnellen nicht mithalten zu können, verleitet manche Menschen dazu, sich zurückzuziehen, aufzugeben und damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verringern. Hier benötigen wir Ermutigungen und Angebote für den Wiedereinstieg. Wir dürfen nicht zulassen, daß sich Menschen von diesem Veränderungsprozeß ausgeschlossen sehen. So besehen besitzt das Projekt “job-net” eine wichtige Suchfunktion, denn es läßt daran erkennen, ob mit solchen sozialen Innovationen die strukturellen Barrieren gemindert werden können, die den Langzeitarbeitslosen eine Rückkehr in die Berufswelt erschweren.

Ich möchte “job-net” aber auch in einen größeren Zusammenhang stellen. Dazu eine ketzerische Frage: Wieso gibt das Land eigentlich auch in diesem Jahr freiwillig, d.h. ohne gesetzliche Verpflichtung, wieder zig Millionen DM für die Förderung von Projekten gegen Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit aus, wo sich doch die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg verbessert hat und nicht nur die allgemeine Arbeitslosigkeit deutlich zurückgeht, sondern auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Wo inzwischen eine Reihe von Wirtschaftsbereichen einen Fachkräftemangel beklagen – Stichwort Green Card. Aber nicht nur bei den IT-Berufen, sondern z.B. auch im Maschinenbau und inzwischen auch wieder im Pflegebereich werden dringend Arbeitskräfte gesucht. Warum stellt auch die EU über den Europäischen Sozialfonds (ESF) mehr Mittel denn je zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung? Sollte man in dieser Situation nicht lieber Geld sparen

und Schulden abbauen oder für dringendere Aufgaben einsetzen? Wahrscheinlich werden Sie denken: Das sind blöde Fragen. Mag sein, aber Tatsache ist, daß wir uns im Sozialministerium mit diesen Fragen immer häufiger auseinandersetzen müssen, z.B. bei Haushaltsberatungen mit dem Finanzministerium. Hier sind meine Antworten:

1. Solange wir nicht eine echte, allgemeine Vollbeschäftigung haben, bleibt die Langzeitarbeitslosigkeit eine wichtige soziale Aufgabe, darf es – anders ausgedrückt – nicht ruhig um die Arbeitslosen werden. Gerade jetzt, wenn die Wirtschaft über offene Stellen klagt, fällt es noch schwerer, arbeitslos zu sein. Ich zitiere einen Betroffenen, der sagte: *“Jetzt muß man sich wieder schämen, arbeitslos zu sein”*.

2. Aber da ist nicht nur die menschliche Seite des Problems, die nach wie vor zum Handeln zwingt, sondern auch die Erfordernisse einer weitsichtigen, nachhaltigen Arbeitsmarktpolitik. Es wäre nämlich ein fataler Trugschluß, zu glauben, die Konjunktur und die demographische Entwicklung könnten das Problem Langzeitarbeitslosigkeit lösen. Einmal bestehen nach wie vor erhebliche Strukturprobleme am Arbeitsmarkt. Sie treten angesichts der insgesamt positiven Entwicklung jetzt sogar noch deutlicher zutage. Trotz vieler offener Stellen bleibt ein harter Kern von schwervermittelbaren Arbeitslosen bestehen. Der Anteil der Schwervermittelbaren unter den Arbeitslosen insgesamt ist gestiegen. Während z.B. im August 96 noch ca. 29% der Arbeitslosen in Baden-Württemberg ein Jahr und länger arbeitslos gemeldet waren, zählen inzwischen (Stand August 2000) mehr als 34 % zum Kreis der Langzeitarbeitslosen. Diese Entwicklung unterstreicht die Notwendigkeit, unsere bewährten Programme gegen Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit ungekürzt fortzusetzen und die Aktivitäten der Arbeitsverwaltung und der Sozialhilfeträger mit gezielten Hilfen zu ergänzen.

3. Schließlich sollte man nicht übersehen, daß gerade jetzt, angesichts der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung auch die besten Chancen bestehen, Schwervermittelbare ins Arbeitsleben zu integrieren. Ich frage Sie: Wann soll dies gelingen, wenn nicht jetzt? Mit einer Fortführung der klassischen Beschäftigungsprogramme und –projekte allein ist es aber nicht getan. Andernfalls wird sich die Spaltung am Arbeitsmarkt noch vertiefen. Schon heute haben insbesondere junge und gut ausgebildete Personen in vielen Bereichen auch gute Chancen, einen Job zu bekommen. Arbeitslose, denen es an einer marktgerechten beruflichen Qualifizierung fehlt oder Leistungsfähigkeit eingeschränkt ist, haben es schon heute zunehmend schwerer. Diese Entwicklung wird sich in Zukunft fortsetzen, wenn wir nicht rechtzeitig gegensteuern. Gerade die sich entwickelnde Informationsgesellschaft ist ein gutes Beispiel für die Chancen und die Risiken des Arbeitsmarktes der Zukunft. Um die Arbeitslosigkeit nachhaltig abzubauen, müssen neue Beschäftigungsfelder erschlossen werden. Diese liegen nicht zu-

letzt im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik. Die Informationstechnologien besitzen zweifellos ein erhebliches Beschäftigungspotenzial, und zwar nicht nur im eigentlichen IT-Sektor, sondern vor allem auch in den Wirtschaftszweigen, die diese Technologie einsetzen. Denn immer mehr Betriebe nutzen IT-Anwendungen und Dienstleistungen.

Aber: Nur Arbeitnehmer, die sich an diese Veränderungen anpassen können, indem sie IT-Fähigkeiten und Internet-Kenntnisse erwerben und damit ihre Beschäftigungsfähigkeit erhalten und verbessern, werden die neuen Chancen nutzen können. Wenn wir nicht erreichen, daß die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer mit dem Beschäftigungspotenzial der Informationsgesellschaft Schritt hält, droht uns eine noch weit größere Spaltung auf dem Arbeitsmarkt und damit auch in der Gesellschaft.

Ich zitiere dazu die Studie der D 21: *“Arbeitgeber werden IT-Fähigkeiten und Internet-Kenntnisse als Eintrittskriterien für Bewerbergespräche etablieren und zwar auch für Betätigungsfelder ohne direkten Bezug zum IT-Bereich”. Und auch auf höherer Ebene werden Entscheidungen – wie z.B. die Standortauswahl von Betrieben – vom IT-Ausbildungsgrad einer Region abhängig gemacht werden.”*

Den Gefahren eines immer stärker auseinanderklaffenden Arbeitsmarktes müssen wir frühzeitig begegnen – mit vorbeugenden Strategien und innovativen Ideen. Und genau dies ist auch ein Kernanliegen der Beschäftigungspolitik der EU, wie sie nicht nur in vielen Papieren und Empfehlungen, z.B. in der sozialpolitischen Agenda oder im Aktionsplan E –Europa-, sondern vor allem im neuen Europäischen Sozialfonds zum Ausdruck kommt.

Was will der ESF 2000?

Der ESF fördert die Humanressourcen, d.h. auf deutsch, er investiert in die Menschen. Er stellt den Mitgliedsstaaten Mittel zur Verfügung, die zur Entwicklung oder Wiederherstellung der Beschäftigungsfähigkeit eingesetzt werden sollen. Seine Aufgabe ist es insbesondere, den Menschen die richtige berufliche Qualifikation zu vermitteln und ihre Anpassung auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Ein Grundprinzip der ESF-Förderung ist dabei besonders interessant: Das Beschäftigungspotenzial der Informationsgesellschaft soll für die Interessen der Gesellschaft als Ganzes ausgeschöpft werden. Besonderes Gewicht legt der ESF 2000 auf Innovationen und auf Prävention.

Wir begrüßen diese zukunftsreiche Gesamtstrategie des ESF und freuen uns, daß in den nächsten Jahren deutlich mehr Mittel in das Land fließen werden. Der ESF wird allein schon deshalb deutlich mehr Gewicht als bisher für das Land haben.

Baden-Württemberg erhält in den nächsten 7 Jahren rd. 230 Mio EURO, das sind jährlich etwa 64 Mio DM an Fördermitteln. Auf den Geschäftsbereich des Sozialministeriums entfallen davon rd. 45 Mio DM jährlich. Damit läßt sich eine ganze Menge machen.

Angesichts der damit verbundenen bürokratischen Auflagen ist diese Freude zwar nicht ganz ungetrübt, aber das ist ein anderes Thema. Überhaupt wäre über den neuen ESF und seine Umsetzung in Baden-Württemberg noch viel zu sagen, aber das würde den Rahmen der heutigen Veranstaltung sprengen.

Nur soviel: Nicht nur wegen des zusätzlichen Geldes, sondern vor allem als Instrument einer innovativen, präventiven und zukunftsweisenden Beschäftigungspolitik im Lande ist uns der ESF sehr willkommen. Wir unternehmen zusammen mit allen Beteiligten, insbesondere der Arbeitverwaltung, den mit der Koordination vor Ort betrauten Stadt- und Landkreise, den Sozialpartnern und den Trägerverbänden große Anstrengungen, um mit den ESF-Mitteln den größtmöglichen Nutzen für die Menschen zu erzielen.

Das Projekt "job-net" ist ein Musterbeispiel für eine innovative und zukunftsorientierte Beschäftigungspolitik, wie sie der ESF und das Land im Auge haben. Ich wünsche mir, daß mehr Träger dem Beispiel von ARKUS folgen und den Mut aufbringen, sich ein Stück weit von den klassischen Beschäftigungsprojekten zu lösen und neue Wege zu beschreiten.

Doch damit genug der Vorschußlorbeeren für job-net. Ich wünsche dem Projekt, seinen Verantwortlichen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viel Erfolg.